8. Finanzplatz Schweiz

Gérard Perroulaz

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/186>
ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 avril 2005
Number of pages: 117-131
ISBN: 2-88247-058-4
ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Gérard Perroulaz, « 8. Finanzplatz Schweiz », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 24-1 | 2005, Online erschienen am: 19 April 2010, abgerufen am 07 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/186>

8. Finanzplatz Schweiz*

DIE JAHRE 2003 und 2004 waren geprägt von den Verhandlungen über das zweite Paket der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union und den Auswirkungen gewisser Verhandlungsdossiers auf das schweizerische Bankgeheimnis. Entsprechend dem schweizerischen Strafrecht, welches lediglich Steuerbetrug, nicht aber die Umgehung der Besteuerung (Steuerhinterziehung) als Straftatbestand anerkennt, lehnte es die Schweiz kategorisch ab, den von der Europäischen Union eingerichteten automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden über Auslandsguthaben von EU-Bürgern zu übernehmen. Als Kompromiss einigte man sich schliesslich auf die schrittweise Einführung eines Steuerrückbehalts für Guthaben bei Schweizer Banken. Zwei weitere Bereiche der Verhandlungen mit der EU, nämlich die Abkommen von Schengen und Dublin sowie die Betrugsbekämpfung, berührten ebenfalls das von der Schweiz gehütete Bankgeheimnis.

Um wirksamer gegen die Geldwäscherei vorgehen zu können und die internationale Rechtshilfe zu verbessern, hat die Schweiz seit Beginn der 90er Jahre ihre Gesetzgebung erheblich verschärft. Aus gewissen Finanzkreisen wird immer häufiger der Vorwurf laut, der Bund lege im Vergleich zu anderen Ländern mit bedeutenden Finanzplätzen auf dem Gebiet der Geldwäschereibekämpfung übertriebenen Eifer an den Tag und schade damit der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz. Im Jahr 2000 trat die Schweiz dem OECD-Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr bei. Im Rahmen des Übereinkommens hat die OECD ein System von „Peer-Reviews“ zur Überprüfung der Gesetzgebungen der Mitgliedsländer errichtet. Die Schweiz wurde im Winter 2004–2005 einer solchen Prüfung unterzogen, worauf die OECD verschiedene Empfehlungen zur Verstärkung der Korruptionsbekämpfung formulierte.

8.1. Bankgeheimnis und bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union

8.1.1. Bilaterale II

2003 und 2004 stand die Aussenpolitik im Zeichen der Verhandlungen über das zweite Paket der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Die Abkommen, die vom Parlament in der Dezembersession 2004 verabschiedet wurden, können 2005 in Kraft treten, vorausgesetzt, das von der SVP lancierte Referendum gegen die Abkommen von Schengen und Dublin wird in der Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 abgelehnt.

Drei Dossiers der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (Bilaterale II) stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem Finanzplatz Schweiz und dem Bankgeheimnis:

* Von Gérard Perroulaz, Forschungsbeauftragter am iuéd.

- das Abkommen über die Zinsbesteuerung,
- das Abkommen über die Betrugsbekämpfung und
- das Abkommen zu Schengen/Dublin.

□ *Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Union*

Um der Kapitalflucht vorzubeugen, hat die Europäische Union ein System für den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden errichtet. Die EU hat sich gegenüber einigen ihrer Mitglieder verpflichtet, entsprechende Abkommen auch mit weiteren Drittstaaten abzuschliessen, die bedeutende Finanzplätze beherbergen. Die Schweiz lehnte einen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden ab, da sie nur bei Steuerbetrug (Fälschung von Dokumenten zur Umgehung der Besteuerung), nicht aber bei einfacher Steuerhinterziehung (gewisse Einkünfte werden nicht deklariert) Rechtshilfe gewährt.

Das bilaterale Abkommen mit der Europäischen Union befreit die Schweiz vom automatischen Informationsaustausch, verpflichtet sie aber im Gegenzug, einen Steuerrückbehalt auf die Erträge von Guthaben von Personen mit Wohnsitz in der EU einzuführen. Dieser Steuerrückbehalt beträgt in den ersten drei Jahren 15 Prozent, dann in den folgenden drei Jahren 20 Prozent und schliesslich in den Jahren danach 35 Prozent. 25 Prozent des Ertrags aus der Quellensteuer werden von der Schweiz einbehalten, die übrigen 75 Prozent werden an den Wohnsitzstaat des nutzungsberechtigten Zinsempfängers ausbezahlt¹.

Die Schweiz tauscht mit der Steuerbehörde eines EU-Landes Informationen aus, wenn der ersuchende Staat im Zusammenhang mit den Erträgen einen begründeten Verdacht auf Steuerbetrug oder ein „ähnliches“ Delikt hat. Diese Formulierung war ein zentrales Verhandlungsthema: Für die Schweiz war es ein sehr wichtiges Anliegen, die Amtshilfe nicht auf die einfache Steuerhinterziehung auszudehnen. In bilateralen Verhandlungen wird die Schweiz nun mit den Mitgliedsstaaten Kategorien von Fällen definieren, die gemäss den Veranlagungsverfahren in diesen Staaten als „ähnliche Delikte“ anzusehen sind.

Ursprünglich sollte das Abkommen am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Dieser Termin wurde allerdings verschoben, um die Referendumsfrist einhalten zu können.

📖 **Jahrbuch 2004**, Nr. 1, Kap. 8, Zinsbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, S. 135.

□ *Abkommen mit der Europäischen Union über die Betrugsbekämpfung und über Schengen*

Der Finanzplatz Schweiz und das Bankgeheimnis werden durch diese beiden Abkommen ebenfalls indirekt tangiert. Das Abkommen über die Betrugsbekämpfung sieht eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Schweiz in Bezug auf indirekte Steuern (MWSt), Zollabgaben sowie Verbrauchssteuern auf Tabak,

¹ Quellen: *Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, einschliesslich der Erlasse zur Umsetzung der Abkommen („Bilaterale II“)* (BBl 2004 5965–6300), namentlich Kapitel 1.3.8, S. (Verhandlungsergebnisse) und Kapitel 2.8, S. 6204–6216; *Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG über die Zinsbesteuerung (Entwurf)* (BBl 2004 6529–6540); *Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind* (BBl 2004 6541–6560).

Alkohol und Mineralöl vor. Auf dem Gebiet der indirekten Steuern kann keine Rechtshilfe gewährt werden, eine Ausnahme bilden Fälle von Urkundenfälschung. Betrugsdelikte, die gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft verstossen, werden in der Europäischen Union strafrechtlich verfolgt. Die EU will verhindern, dass Nichtmitgliedsländer als Zuflucht für Betrüger dienen können. Damit die Schweiz Rechtshilfe gewährt, muss die Deliktsumme mindestens 25'000 Euro betragen².

Gegenstand der Abkommen von Schengen und Dublin sind die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern im Polizei- und Asylwesen und die Aufhebung der Grenzkontrollen. Diese Abkommen enthalten ebenfalls Bestimmungen über die Rechtshilfe, die das Bankgeheimnis tangieren können³.

Die Bankkreise äusserten sich zustimmend zu den Abkommen, vorausgesetzt, das Subsidiaritäts- und das Spezialitätenprinzip würden strikte eingehalten: Die Rechtshilfe ist an die Bedingung gekoppelt, dass die übergebenen Informationen nicht für Untersuchungen im Zusammenhang mit anderen Delikten wie beispielsweise Steuerhinterziehung verwendet werden.

Jahrbuch 2005, Nr. 1, Kapitel 3, siehe Ausführungen zum Kohäsionsfonds im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung unter Punkt 3.1. und 3.2.2.

8.2. Finanzplatz Schweiz und Steuerflucht

8.2.2. Kampagne der Entwicklungsorganisationen gegen die Steuerflucht

Die von der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke und der Erklärung von Bern lancierte Kampagne gegen das Steuerparadies Schweiz hat gezeigt, dass die Problematik der Kapitalflucht nicht auf die Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union beschränkt ist, sondern auch die Beziehungen zu den Entwicklungsländern betrifft⁴.

Jahrbuch 2004, Nr. 1, Kap. 8, 8.1. Bankgeheimnis und Steuerflucht, S. 135–139, Kampagne der Entwicklungsorganisationen gegen die Steuerflucht, S. 137–139.

8.2.3. Eckdaten über die Treuhandguthaben bei Schweizer Banken

Über die Höhe der gesamten Fluchtgelder, die auf dem Finanzplatz Schweiz verwahrt werden, sind keine zuverlässigen Schätzungen vorhanden. Fest steht

² Quellen: *Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, einschliesslich der Erlasse zur Umsetzung der Abkommen („Bilaterale II“)* (BB1 2004 5965–6300), namentlich Kapitel 2.7, S. 6184–6204; *Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen* (BB1 2004 6503–6528).

³ Quellen: *Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und Dublin (Entwurf)* (BB1 2004 6415–6446); *Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, einschliesslich der Erlasse zur Umsetzung der Abkommen („Bilaterale II“)* (BB1 2004 5965–6300), namentlich Kapitel 2, S. 6033–6216.

⁴ Weitere Informationen bieten verschiedene Pressecommuniqués der Erklärung von Bern (verfügbar unter <www.evb.ch>), namentlich im Zusammenhang mit Potentatengeldern (Abacha-Gelder als jüngstes Beispiel) und der Kampagne gegen Steuerhinterziehung. Siehe auch Erklärung von Bern, *EvB-Magazin*, Februar 2004.

jedoch, dass bedeutende Vermögenswerte (insgesamt rund 3000 Milliarden Franken) bei den Schweizer Banken deponiert sind. Gewisse Aspekte lassen sich anhand der Statistik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) erhellen: Gemäss der SNB beliefen sich die gesamten Auslandverpflichtungen im Treuhandgeschäft der in der Schweiz niedergelassenen Banken per 31. Dezember 2003 auf 243,6 Milliarden Franken. Grafik 2 zeigt die wichtigsten Herkunftsländer (Entwicklungs- oder Schwellenländer) der Guthaben ausländischer Kunden, die von Schweizer Banken treuhänderisch verwaltet werden.

Grafik 2: Nettoverpflichtungen der Schweizer Banken im Treuhandgeschäft^a per 31. Dezember 2003 (in Millionen Franken)

Quelle: Schweizerische Nationalbank, *Die Banken in der Schweiz 2003*, Bern, 2004; auf der Grundlage von Tabelle 38, S. A146–A151, <www.snb.ch>.

^a Als Treuhandgeschäfte werden Transaktionen bezeichnet, die die Schweizer Banken auf Rechnung und Risiko ausländischer Kunden abwickeln.

Obwohl ein Grossteil dieser Guthaben aus Ländern mit bedeutenden wirtschaftlichen Ressourcen (z.B. Erdöl exportierende Länder) oder aus Steuerparadiesen (in diesem Fall lässt sich der Ursprung der Gelder nicht feststellen) stammt, sind auf der Liste der Auslandsguthaben in der Schweiz mehrere relativ arme oder krisengeschüttelte Länder aufgeführt (beziehungsweise Länder, in denen gemäss Transparency International die Korruption bedeutend ist): Argentinien, Liberia, Papua-Neuguinea, Venezuela, Uruguay, Nigeria, Angola (Nettoverpflichtungen von 429 Millionen Franken), Ecuador (247 Millionen) oder Kasachstan (128 Millionen).

Einer Schätzung von Oxfam aus dem Jahr 2000 zufolge führt die Steuerflucht in den Ländern des Südens zu Einnahmeausfällen in Höhe von 50 Millionen Dollar. Dies entspricht ungefähr der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe im Jahr 2000⁵. Eine der Forderungen der Hilfswerke lautet, die Unterscheidung zwischen (nach schweizerischem Recht strafbarem) Steuerbetrug und Steuerhinterziehung (bei der keine internationale Rechtshilfe gewährt wird) müsse aufgehoben werden. Den NGO zufolge ist es unhaltbar, dass Steuerflucht als einfacher Verstoss gegen das Steuerrecht gilt, bei dem das Bankgeheimnis nicht aufgehoben werden muss. Die Schweiz müsse in beiden Fällen Amts- und Rechtshilfe gewähren. Dass diese begriffliche Unterscheidung fragwürdig ist, wird von verschiedenen Juristen bestätigt⁶. Hans Bär, Ehrenpräsident der Bank Julius Bär, äusserte im Frühling 2004 sogar die Ansicht, die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerflucht sei unethisch⁷.

8.2.4. Der gute Ruf des Finanzplatzes Schweiz

Aus der Sicht der Banken sind weder die besonders laxen schweizerischen Gesetzgebung noch der verbrecherische Ursprung von Geldern oder das Bankgeheimnis der Grund für den Zustrom von Geldern aus den Entwicklungsländern auf den Finanzplatz Schweiz, sondern dessen unbestreitbaren Vorzüge: wirtschaftliche und politische Stabilität der Schweiz, Diskretion und Dienstleistungsqualität. Lücken im Bankensystem von Entwicklungsländern, fluktuierende Kapitalmärkte sowie die politische Instabilität gewisser Länder veranlassen vermögende Personen, sicherere Anlagemöglichkeiten zu suchen. Dass in der Schweiz Fälle von Potentatengeldern aufgedeckt werden, ist nach Ansicht der Schweizerischen Bankiervereinigung auch auf die Fortschritte bei der Identifizierung von Kunden zurückzuführen. Eine Rolle spielen auch der Eifer beim Aufspüren von Geldern zweifelhafter Herkunft, der in der Schweiz stärker ausgeprägt sei als in anderen Ländern mit bedeutenden Finanzplätzen. Ferner sind in zahlreichen Entwicklungsländern die Unternehmens- und Personensteuern sehr tief. Der Transfer von Geldern auf die Finanzplätze des

⁵ Oxfam, *Tax Havens: releasing the Hidden Billions for Poverty Eradication*, Oxfam, 2000, <www.oxfam.org.uk>.

⁶ Zur Erinnerung: Bei den parlamentarischen Beratungen 1977 sorgten die Ausnahmen von der Rechtshilfe für heftige Kontroversen. Der Bundesrat wollte bei Steuer-, Wirtschafts-, Handels- oder Zolldelikten keine Rechtshilfe gewähren, während der Ständerat die Streichung dieser Ausnahme beantragte. Im Differenzbereinigungsverfahren einigte man sich schliesslich auf den Kompromiss, Steuerdelikte (Steuerhinterziehung) von der Rechtshilfe auszuklammern, es sei denn, es läge Steuerbetrug vor. Quelle: Robert Zimmermann, *La coopération judiciaire internationale en matière pénale*, Bern, Stämpfli Verlag AG; Brüssel, Bruylant SA, 2. Auflage, 2004, S. 67.

⁷ „Redéfinir et assouplir le secret bancaire“, Interview mit Hans Bär, *L'Agefi*, 12.-13.-14. März 2004.

Nordens dient folglich nicht in erster Linie der Umgehung von Steuern, die im Herkunftsland ohnehin quasi inexistent sind⁸.

Die Bankenkreise plädieren für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz. Schätzungen zufolge werden in den Finanzmetropolen Genf und Zürich je rund 10 Prozent der weltweiten Auslandsguthaben verwaltet. Diese Gelder stellen zwei Drittel des Volumens des schweizerischen Finanzmarktes.

8.2.5. Das Bankgeheimnis in der Verfassung verankern?

Noch während die Schweiz und die Europäische Union über die Besteuerungsfrage verhandelten, forderten die SVP und mehrere Schweizer Kantone, das Bankgeheimnis ausdrücklich in der Verfassung zu verankern (Standesinitiativen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Genf, Tessin, Zürich und Zug). Diesen Vorstössen hat das Parlament im Dezember 2003 – mit breiter Unterstützung von SVP, FDP und CVP – Folge gegeben. Bankenkreisen zufolge ist eine Verankerung des Bankkündengeheimnisses in der Verfassung keine Notwendigkeit, da dieses zum einen durch die schweizerische Gesetzgebung breit abgestützt ist und da es zum anderen im Rahmen der Rechtshilfe bei strafbaren Delikten ohnehin aufgehoben werden kann. Von verschiedener Seite wird die Aufnahme des Bankgeheimnisses in die Verfassung als unnötig oder gar gefährlich beurteilt, da dies zu heftigen Debatten in der Öffentlichkeit und in den Medien führen würde (eine solche Vorlage müsste im Rahmen einer Abstimmung von Volk und Ständen befürwortet werden). Dies könnte im Ausland falsch aufgefasst werden. Die Schweizerische Bankiervereinigung beispielsweise bezweifelte die Opportunität eines solchen Vorhabens⁹. Es wäre schwierig, sich am Abstimmungskampf über eine Vorlage zu beteiligen, die nichts zur Stärkung des gesetzlich ohnehin verankerten Bankkündengeheimnisses beitragen würde.

8.3. Kampf gegen die Geldwäscherei

8.3.1. Geldwäschereibekämpfung auf internationaler Ebene: Tätigkeiten der OECD-Arbeitsgruppe gegen Geldwäscherei (FATF)

Die 1989 gegründete Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) der OECD koordiniert die Geldwäschereibekämpfung auf internationaler Ebene. Seit 1990 dienen die 40 Empfehlungen der FATF als international anerkannter Standard für Massnahmen, die ein Land ergreifen muss, um wirksam gegen die Geldwäscherei vorzugehen. Die Empfehlungen wurden erstmals 1996 und ein weiteres Mal im Juni 2003 überarbeitet, um den veränderten Geldwäschereimethoden Rechnung zu tragen. Mit der Veröffentlichung von acht spezifischen Empfehlungen im Zusammenhang mit der Terrorismusfinanzierung im Oktober 2001 wurde der Tätigkeitsbereich der FATF erweitert. Der FATF gehören 33 Länder und Gebiete an, darunter auch die Schweiz.

⁸ „Schweizer Banken – keine Fluchtgeldburgen“, *Neue Zürcher Zeitung*, 26. Februar 2004. Siehe auch die Website der Fondation Genève place financière, <www.geneve-finance.ch>.

⁹ „Gegen Patriotismus mit dem Bankgeheimnis“, *Neue Zürcher Zeitung*, 19. Januar 2005.

Die Empfehlungen haben zwar keinen zwingenden Charakter, aber die FATF hat eine Reihe von Verfahren eingerichtet, mit denen die Länder zur Einhaltung der Empfehlungen angehalten und zur Verschärfung ihrer Geldwäschereigesetzgebung ermutigt werden sollen. Dazu gehören unter anderem:

- ❑ periodische Untersuchungen der Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten (die nächste Prüfung der Schweiz erfolgt im Frühling 2005);
- ❑ die von der FATF veröffentlichten Berichte, in denen Lücken in der Geldwäschereibekämpfung dokumentiert und Vorschläge zur Anpassung der Empfehlungen an neue Formen der Geldwäscherei präsentiert werden¹⁰;
- ❑ Durchführung von Seminaren in Regionen und Ländern, die nicht der FATF angehören, um auf die Problematik aufmerksam zu machen;
- ❑ Veröffentlichung einer Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete (FATF-Mitglieder und andere).

Um mit der Entwicklung der Geldwäschereimethoden Schritt zu halten und zweckmässige Gegenmassnahmen auszuarbeiten, befasst sich die FATF regelmässig mit neuen Formen der Geldwäscherei¹¹. Der Bericht über die Typologie der Geldwäscherei, der im Februar 2004 anlässlich einer Tagung der FATF erörtert wurde, ist insbesondere folgenden Themen gewidmet:

- ❑ elektronischer Zahlungsverkehr und Terrorismusfinanzierung;
- ❑ Non-Profit-Organisationen und Verwicklung gewisser solcher Einrichtungen in die Terrorismusfinanzierung;
- ❑ Anfälligkeit des Versicherungssektors für Geldwäscherei;
- ❑ politisch exponierte Personen (PEP), dazu gehören Personen, die wichtige öffentliche Ämter in einem Land bekleiden (oder bekleidet haben), beispielsweise Staats- oder Regierungschefs, hochrangige Politiker und Amtsträger, hochrangige Vertreter der Justiz und des Militärs sowie Leiter von Staatsbetrieben oder politischen Parteien¹²;
- ❑ Rolle von „Türöffnern“, d.h. Personen aus dem Nichtbankensektor, die durch Beratung oder Mithilfe zur Vertuschung von Geldwäschereitätigkeiten beitragen können. Dazu zählen beispielsweise Anwälte, Notare oder Buchhalter, die ihre Kunden bei ihren Finanzgeschäften unterstützen, indem sie sie über Anlagemöglichkeiten oder über die Gründung von Gesellschaften, Trusts oder anderen Rechtspersönlichkeiten beraten. Solche Personen können bei ihrer durchaus rechtmässigen Tätigkeit von Gruppen des organisierten Verbrechens missbraucht werden.

Jahrbuch 2003, Nr. 1, Kap. 8, 8.3. Sorgfaltspflichten der Banken und Effektenhändler gegenüber politisch exponierten Personen (Beispiel Abacha-Gelder), S. 140–142.

Da es sich bei der FATF nicht um ein ständiges Organ handelt, muss ihr Mandat periodisch überprüft und verlängert werden. Im Rahmen einer Tagung im Mai 2004 wurde ein neues Mandat für einen Zeitraum von acht Jahren (2004–2012) verabschiedet. Dieses neue Mandat nennt folgende Aufgaben:

¹⁰ FATF, *Annual Report 2003-2004*, Paris, FATF, 2004, 26 S.

¹¹ Siehe dazu den *2003–2004 Report on Money Laundering and Terrorist Financing Typologies*, Paris, FATF, 2004.

¹² *Ibid.*, S. 23.

- ❑ Fortsetzung der Bemühungen zur Ausarbeitung internationaler Normen auf dem Gebiet der Geldwäschereibekämpfung;
- ❑ Engagement zur Verabschiedung von internationalen Normen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusbekämpfung, namentlich durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank;
- ❑ Lancierung einer dritten Runde gegenseitiger Evaluationen aller Mitglieds-länder, um die Fortschritte und Lücken in der Gesetzgebung zur Geldwäsche-reibekämpfung der einzelnen Länder zu beurteilen;
- ❑ Aufnahme neuer Mitglieder. Fünf Länder sind der FATF in den vergangenen Jahren beigetreten (Argentinien, Brasilien, Mexiko, Südafrika und die Russi-sche Föderation), und mit Indien und China sind Gespräche im Gang;
- ❑ Intensivierung der Untersuchung von Trends und Techniken der Geldwäsche-rei, um Bereiche mit erhöhten Risiken zu identifizieren.

❑ *Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete*

Als Anreiz für die Länder, ihre Gesetzgebung zu verbessern und die Geldwä-schereibekämpfung zu verstärken, veröffentlicht die FATF seit 1999 einen jähr-lichen Bericht über nicht kooperative Länder und Gebiete¹³. Die Länder, deren Gesetzgebung als ungenügend beurteilt wird, werden regelmässig untersucht. Ein Land kann von der Liste gestrichen werden, wenn im Bereich des Straf-rechts, der Aufsicht über das Finanzwesen, der Identifizierung von Kunden, der Meldung über verdächtige Transaktionen und bei der internationalen Zusammenarbeit deutliche Fortschritte erkennbar sind. Gegen Länder, in denen sich die Lage nicht verbessert hat, können Massnahmen ergriffen werden, bei-spielsweise indem die FATF-Mitgliedsländer aufgefordert werden, bei Finanz-transaktionen im Zusammenhang mit den bezeichneten Ländern besondere Vor-sicht walten zu lassen. Solche Massnahmen sind seit 2001 gegen Nauru und seit November 2003 gegen Myanmar in Kraft. Laut FATF beginnt dieses Vorgehen Wirkung zu zeigen, denn zahlreiche Länder auf der Liste haben in der Zwischenzeit ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Geldwäscherei verstärkt.

Angesichts der erzielten Fortschritte wurden 2004 drei Länder (die Ukraine, Ägypten und Guatemala) und im Februar 2005 drei weitere Länder (die Cook-Inseln, Indonesien und die Philippinen) von der Liste der nicht kooperativen Länder gestrichen. Von den insgesamt 23 Ländern und Gebieten, die 2000 und 2001 als nicht kooperativ galten, waren Ende Februar 2005 nur noch drei auf der Liste aufgeführt, nämlich Myanmar, Nauru und Nigeria.

8.3.2. Geldwäschereibekämpfung in der Schweiz

Seit dem Beginn der 90er Jahre hat die Schweiz ihre Gesetzgebung massgeblich verschärft, um den Kampf gegen die Geldwäscherei zu verstärken und die inter-nationale Rechtshilfe auszubauen.

📖 **Jahrbuch 2000**, Kap. 5, Überblick über die wichtigsten Neuerungen in der schweizerischen Gesetz-gebung (Aufstellung S. 246–247); **Jahrbuch 2002**, Kap. 5, Aktualisierung (Aufstellung S. 218).

¹³ FATF, *Annual Review of Non-Cooperative Countries or Territories*, Paris, FATF, 2004.

□ Jahresbericht 2003 der Meldestelle für Geldwäscherei

Die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS)¹⁴ nimmt als zuständiges Organ die Mitteilungen der Finanzintermediäre über zweifelhafte Transaktionen ihrer Kunden entgegen. 2003 wurden 863 Verdachtsfälle der MROS mitgeteilt, das sind ein Drittel mehr als im Jahr zuvor. Insgesamt wurden Vermögenswerte im Umfang von 616 Millionen Franken blockiert (gegenüber 666 Millionen im Vorjahr). 35 Prozent der Meldungen an die MROS stammen aus dem Bankensektor. Der Anteil der Meldungen von Anbietern von Zahlungsverkehrsdienstleistungen hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen (53 % der gemeldeten Verdachtsfälle im Jahr 2003). Hingegen stammen nur sehr wenige Meldungen von Treuhändern, Anlageberatern oder Vermögensverwaltern (lediglich 8 % der eingegangenen Meldungen entfielen auf diese Berufsgruppen).

📖 **Jahrbuch 2004**, Nr. 1, Kap. 8, Jahresbericht 2002 der MROS, S. 141–143.

Die namentlich von Bankenkreisen und anderen Finanzintermediären geäußerte Kritik am Meldewesen über verdächtige Transaktionen bezieht sich unter anderem auf folgende Aspekte:

- Da die Kantone nur beschränkt über die von ihnen geleiteten Verfahren informieren, kann die MROS zwar über die Summen Auskunft geben, die jedes Jahr im Zusammenhang mit zweifelhaften Transaktionen blockiert werden, sie hat aber keine genaue Kenntnis über die kantonalen Verfahren, bei denen es tatsächlich zu einem Urteil kommt. Eine Gesamtstatistik über die nachgewiesenen Fälle von Geldwäscherei und über den Umfang der gewaschenen Gelder existiert nicht¹⁵.
- Für kleine Unternehmen ist die Überwachung mit hohen Kosten verbunden. Die Finanzintermediäre sind auf kostspielige Software und qualifiziertes Personal angewiesen, um verdächtigen Transaktionen auf die Spur zu kommen.
- Der Eifer, den die Schweiz bei ihren Massnahmen zur Geldwäschereibekämpfung an den Tag legt, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz gegenüber Konkurrenten, die in Sachen Geldwäscherei weniger fortschrittlich sind¹⁶. In Finanzkreisen wird verschiedentlich bedauert, dass die Kontrollen mit derart hohen Kosten verbunden sind und dass die zuständigen Behörden darauf bedacht sind, als „Musterschüler“ zu gelten. Dies führe dazu, dass auf dem Finanzplatz Schweiz strengere Regeln gälten als anderswo¹⁷.
- Es mangelt an Kosten-Nutzen-Analysen, die es ermöglichen würden, die Wirksamkeit der in der Schweiz getroffenen Massnahmen zu beurteilen. Es stellt sich die Frage, ob die bedeutenden Mittel, die in das Aufspüren verdächtiger Finanztransaktionen investiert werden, nicht besser zur Kriminalitätsbekämpfung (Drogen- und Waffenhandel usw.) verwendet werden sollten¹⁸.

¹⁴ Money Laundering Reporting Office Switzerland (MROS), <www.fedpol.ch>.

¹⁵ „Les intermédiaires financiers se veulent parfaits dans la lutte antiblanchiment“, *Le Temps*, 20. Oktober 2004.

¹⁶ Befürchtungen über eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes äussert beispielsweise die Fondation Genève place financière.

¹⁷ „La pieuvre antiblanchiment étend encore ses tentacules“, *L'Agefi*, 29. März 2004; „Lutte antiblanchiment: les banques s'élèvent contre la docilité suisse“, *Le Temps*, 24. Januar 2005.

¹⁸ „La pieuvre antiblanchiment étend encore ses tentacules“, siehe Fussnote 17.

❑ *Aufsicht über die Finanzintermediäre*

Als Aufsichtsorgan für den Bankensektor fungiert die Eidgenössische Bankenkommision (EBK). Zu ihren Aufgaben zählt insbesondere, die Einhaltung der Verpflichtungen des Geldwäschereigesetzes von 1998 zu überwachen.

Die 2002 verabschiedete neue „Verordnung der Eidgenössischen Bankenkommision zur Verhinderung von Geldwäscherei“ trat am 1. Juli 2003 in Kraft, wobei für den Vollzug gewisser Bestimmungen eine Übergangsfrist bis Juli 2004 vorgesehen war. Die neue Verordnung zielt auf eine Stärkung der Kontrollmassnahmen in folgenden Bereichen ab:

- ❑ verstärkte Sorgfaltspflicht in Geschäftsbeziehungen mit politisch exponierten Persönlichkeiten;
- ❑ Verpflichtung, den Kontext gewisser Geschäftsbeziehungen zu klären;
- ❑ Einführung eines risikoorientierten Ansatzes: In Geschäftsbeziehungen mit besonders hohen Risiken müssen zusätzliche Abklärungen über die Herkunft der Guthaben getroffen werden.
- ❑ Einführung von informatikgestützten Transaktionsüberwachungssystemen, die das Aufspüren ungewöhnlicher Kontenbewegungen erleichtern;
- ❑ Ausdehnung der Kontrollen im Zusammenhang mit der Geldwäscherei auf die Terrorismusbekämpfung. Finanzinstitute dürfen keine Geschäftsbeziehungen zu Organisationen oder Personen mit terroristischem Hintergrund unterhalten (gemäss den Listen der Personen und Organisationen, die mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung gebracht werden) und sind verpflichtet, verdächtige Transaktionen zu melden.

📖 **Jahrbuch 2003**, Nr. 1, Kap. 8, S. 136–138; **Jahrbuch 2004**, Nr. 1, Kap. 8, Neue Geldwäschereiverordnung der Eidgenössischen Bankenkommision, S. 140–141.

❑ *Fahndung nach Terrorismusgeldern*

Die Schweiz beteiligt sich aktiv am Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung. Als einschlägige Rechtsgrundlage dient namentlich die Verordnung über Massnahmen gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung „Al-Qaïda“ oder den Taliban. Im Anschluss an die Anschläge vom 11. September wurden in der Schweiz kraft dieser Verordnung 82 verdächtige Konten mit Guthaben von insgesamt 34 Millionen Franken blockiert¹⁹. Es handelt sich dabei um Guthaben von Personen, deren Namen auf verschiedenen Listen mit Personen aufgeführt sind, die in die Terrorismusfinanzierung verwickelt sein sollen. Diese von der UNO, den Vereinigten Staaten oder der Europäischen Union veröffentlichten Listen werden vom EDA (namentlich über die Eidgenössische Bankenkommision) an die Finanzintermediäre weitergeleitet, welche aufgefordert sind, verdächtige Fälle der Meldestelle für Geldwäscherei mitzuteilen.

¹⁹ EDA, *Schweiz global*, Nr. 3/2004, S. 4. seco, *Änderung des Anhanges 2 der Verordnung über Massnahmen gegenüber Al-Qaïda und den Taliban*, Medienmitteilung, 13. September 2004. Siehe auch Website des seco <www.seco.admin.ch> unter Aussenwirtschaft > Sanktionen/Embargos > Sanktionsmassnahmen > Massnahmen gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung Al-Qaïda oder den Taliban.

□ *Teilung eingezogener Vermögenswerte*

Das neue Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte wurde auf den 1. August 2004 in Kraft gesetzt²⁰. Für die Teilung von Vermögenswerten, die im Rahmen eines Verfahrens eingezogen wurden, sieht das „Sharing-Gesetz“ folgenden Teilungsschlüssel vor:

- Die Hälfte der eingezogenen Vermögenswerte werden dem Gemeinwesen (Bund oder Kanton) zugeteilt, welches das Strafverfahren geleitet hat;
- drei Zehntel gehen an den Bund, weil er die Kantone bei der Kriminalitätsbekämpfung unterstützt;
- zwei Zehntel erhält der Kanton, wo die eingezogenen Vermögenswerte liegen, als Entschädigung für seine Mitwirkung am Strafverfahren.

📖 **Jahrbuch 2003**, Nr. 1, Kap. 8, 8.2., Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte, S. 138–139.

8.4. Kampf gegen die Kriminalität und internationale Rechtshilfe

Um wirksamer gegen das organisierte Verbrechen vorgehen zu können, verabschiedete das Parlament 1994 den neuen Artikel 260ter des Strafgesetzbuches, wonach jede an einer kriminellen Organisation beteiligte Person strafbar ist, selbst wenn die Organisation in der Schweiz kein Verbrechen verübt hat. Zehn Jahre nach dem In-Kraft-Treten dieser Neuerung konnte noch kein einziges bedeutendes Mitglied einer kriminellen Organisation auf Grund dieses Artikels verurteilt werden.

Das neu errichtete Bundesstrafgericht in Bellinzona, das für das organisierte Verbrechen zuständig ist, nahm am 1. April 2004 seine Arbeit auf. Allerdings blieb 2004 die Zahl der Verfahren, mit denen sich das Gericht befasste, deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Für die geringe Anzahl Dossiers und Klagen werden verschiedene Erklärungen vorgebracht: Schwierigkeiten beim Erarbeiten hieb- und stichfester Anklagen, da die Beteiligung an Machenschaften des organisierten Verbrechens äusserst schwierig nachzuweisen ist; Mangel an Personal und Ressourcen für die Durchführung von Ermittlungen; Unzulänglichkeiten seitens der Instanzen, die für die Bearbeitung der Dossiers zuständig sind (Bundesstaatsanwaltschaft und Bundeskriminalpolizei). Gewissen Beobachtern zufolge war der Umfang der Aktivitäten des organisierten Verbrechens in der Schweiz überschätzt worden²¹.

📖 **Jahrbuch 2000**, Kap. 5, Kampf gegen das organisierte Verbrechen, und Neues Verfahren zwischen den für die Verbrechensbekämpfung zuständigen Instanzen, S. 247–250.

²⁰ Bundesamt für Justiz, *Einfache Regeln für die Teilung eingezogener Vermögenswerte – Bundesrat setzt das „Sharing-Gesetz“ auf den 1. August 2004 in Kraft*, Medienmitteilung, 10. Juni 2004. Bundesgesetz über die Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG) vom 19. März 2004 (BBl 2004 1369).

²¹ „Organisiertes Verbrechen verzweifelt gesucht“, *Neue Zürcher Zeitung*, 20. August 2004. „Les ratés de la lutte contre le crime organisé fragilisent le Tribunal pénal fédéral de Bellinzone“, *Le Temps*, 26. August 2004. Siehe auch *Organisierte Kriminalität in der Schweiz*, vom Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung finanzierte Studie von Josef Estermann (Luzern, Orlux Verl., 2002). In seiner Studie gelangt der Autor zum Schluss, dass das organisierte Verbrechen in der Schweiz von untergeordneter Bedeutung ist.

Als wichtigste Rechtsgrundlage für die internationale Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden dient das Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRSG)²². Das IRSG regelt sämtliche Aspekte der internationalen Zusammenarbeit, darunter auch die Auslieferung, die Strafverfolgung und der Vollzug von Strafurteilen ausländischer Instanzen. In diesem Gesetz ist auch der Grundsatz verankert, wonach bei Fiskaldelikten (mit Ausnahme von Steuerbetrug) sowie bei Wirtschaftsverbrechen und Zolldelikten keine Rechtshilfe gewährt wird.

📖 **Jahrbuch 2000**, Kap. 5, S. 254–257.

8.4.1. Bilaterale Abkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen

Durch den Abschluss bilateraler Rechtshilfeabkommen wird der Geltungsbereich gewisser Bestimmungen des IRSG auf die andere Vertragspartei ausgedehnt. In diesen Abkommen werden ferner die Grundsätze und Verfahren für die Rechtshilfe zwischen den beiden betreffenden Ländern festgelegt. Nach Ansicht des Bundesrates kann mit solchen bilateralen Abkommen der Kampf gegen gewisse Arten von Verbrechen verstärkt werden: sexuelle Ausbeutung von Kindern, Frauen- und Kinderhandel, Drogen- und Waffenhandel, Korruption, Wirtschaftskriminalität und Terrorismus. Mit mehreren Entwicklungsländern wurden bereits bilaterale Rechtshilfeabkommen abgeschlossen, nämlich mit Peru, Ekuador und Hongkong (in Kraft seit 2002) sowie mit Ägypten (in Kraft seit 2002)²³. Ein weiteres Rechtshilfeabkommen zwischen der Schweiz und Brasilien wurde am 12. Mai 2004 von Bundesrat Christoph Blocher und seinem brasilianischen Amtskollegen unterzeichnet.

Am 1. September 2004 unterbreitete der Bundesrat dem Parlament seine Botschaft über die Annahme eines Vertrags zwischen der Schweiz und den Philippinen über die Rechtshilfe in Strafsachen²⁴. Ruth Metzler und ihr philippinischer Amtskollege hatten den Vertrag im Juli 2002 anlässlich eines Besuchs der Bundesrätin auf den Philippinen unterzeichnet. 1989 war bereits ein Auslieferungsvertrag zwischen den beiden Ländern abgeschlossen worden. Mit den Verhandlungen über den Rechtshilfevertrag wurde jedoch bis nach der Erledigung der wichtigen, aber besonderen Marcos-Affäre zugewartet, da mit dem Vertrag die Rechtshilfe auf einer allgemeineren Ebene geregelt werden sollte. Der Vertrag definiert die Grundsätze und Bereiche für die Rechtshilfe (Übergabe von Dokumenten oder Beweismitteln; Einfrieren, Einziehung und Herausgabe von Deliktsgut, Informationsaustausch, Durchsuchung usw.). Artikel 3 des Vertrags nennt die Gründe für die Ablehnung der Rechtshilfe²⁵: Die Schweiz kann gegenüber den Philippinen die Rechtshilfe beispielsweise verweigern, wenn der

²² Bundesgesetz vom 20. März 1981 über internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz, IRSG) (SR 351.1).

²³ Die bilateralen Abkommen finden sich in der Systematischen Sammlung des Bundesrechts (SR), <www.admin.ch/ch/d/sr/sr.html>: Peru (SR 0.351.964.1), Ekuador (SR 0.351.932.7), Hongkong (RS 0.351.941.6) und Ägypten (RS 0.351.932.1).

²⁴ *Botschaft zum Vertrag zwischen der Schweiz und den Philippinen über Rechtshilfe in Strafsachen* vom 1. September 2004; Entwurf des Bundesbeschlusses zum Vertrag sowie Wortlaut des Vertrags (BBl 2004 4867–4898).

²⁵ *Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik der Philippinen über Rechtshilfe in Strafsachen* (BBl 2004 4885, Art. 3, S. 4886).

betreffenden Person die Todesstrafe droht oder wenn die Gefahr besteht, dass sie wegen ihrer Rasse, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrer politischen Anschauungen gefoltert oder diskriminiert wird. Zudem muss das Verfahren gegen die verfolgte Person mit dem Internationalen Pakt vom 16. Dezember 1996 über bürgerliche und politische Rechte (SR 0.103.2) im Einklang stehen²⁶. Ferner wird die Rechtshilfe bei politischen oder fiskalischen strafbaren Handlungen abgelehnt.

8.5. Korruption

Im Jahr 2000 trat die Schweiz dem OECD-Übereinkommen zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr bei. Mit der Verabschiedung von Artikel 322ter des Strafgesetzbuches im Mai 2000 wurde die Grundlage zur Bestrafung der aktiven Bestechung ausländischer Amtsträger geschaffen. Dies bedeutet, dass Schweizer Unternehmen im Ausland bezahlte Bestechungsgelder nicht mehr wie bis anhin von der Steuer abziehen können. Ferner wurde mit der Revision von Artikel 102 des Strafgesetzbuches im Jahr 2003 die strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen verankert (in Kraft seit Oktober 2003). Nicht strafbar ist somit nur noch die Korruption im privaten Bereich.

📖 **Jahrbuch 2000**, Kap. 5, Ratifizierung der OECD-Konvention und Anpassung der schweizerischen Gesetzgebung, S. 239–245; **Jahrbuch 2004**, Nr. 1, Kap. 8, Korruptionsbekämpfung in der Schweiz und Konvention der Vereinten Nationen über die Korruptionsbekämpfung, S. 146–148.

Die OECD-Konvention sieht vor, dass die Gesetzgebung der verschiedenen Mitglieder im Rahmen von so genannten *Peer-Reviews* überprüft wird, um Gesetzeslücken aufzudecken. Im Januar 2005 legte die OECD ihren Bericht über die Prüfung der Schweiz vor²⁷. Der Bericht identifiziert bestehende Lücken im schweizerischen Recht und enthält eine Reihe von Empfehlungen. Während Grossunternehmen beispielhafte Anstrengungen zur Verhinderung von Bestechung unternehmen, schenken die KMU diesem Aspekt generell nur geringe Aufmerksamkeit. Innerhalb der Bundesverwaltung sind weitere Massnahmen erforderlich. Die OECD schlägt die Einführung eines Mechanismus vor, der Personen dazu verpflichtet, bei Verdacht auf Korruption Meldung zu erstatten (analog zum bereits bestehenden Meldewesen auf dem Gebiet der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung). Eine bedeutende Lücke ist der nicht vorhandene rechtliche Schutz für anonyme Informanten (wie z.B. der Schutz so genannter *Whistleblowers* in Grossbritannien). Ferner weist die OECD darauf hin, dass die Verfahren im Rahmen der Rechtshilfe vereinfacht werden sollten und dass das niedrige Strafmass für Korruption nur eine geringfügige dissuasive Wirkung hat. Mark Pieth, Professor für Strafrecht an der Universität Basel und Präsident der OECD-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Korruption, hob bei

²⁶ Die Schweiz leistet keine Rechtshilfe, wenn in Bezug auf das Verfahren die Garantien der Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und des UNO-Pakts über bürgerliche und politische Rechte nicht gewährleistet sind.

²⁷ OCDE, Suisse: *phase 2. Rapport sur l'application de la Convention sur la lutte contre la corruption d'agents publics étrangers dans les transactions commerciales internationales et de la Recommandation de 1997 sur la lutte contre la corruption dans les transactions commerciales internationales*, Paris, 2004, verfügbar unter <www.oecd.org>.

der Präsentation des Berichts hervor, dass die Schweiz – im Vergleich zu den rund 15 der 36 Mitgliedsländer der Konvention, die bis zu diesem Zeitpunkt bereits untersucht worden waren – in der Prüfung relativ gut abschneidet: Sie liegt ungefähr auf gleichem Niveau wie Deutschland und Frankreich, schneidet jedoch besser ab als Grossbritannien, Luxemburg oder Japan²⁸.

Im Hinblick auf einen Beitritt zur Strafrechtskonvention des Europarates gegen die Korruption schlug der Bundesrat im Dezember 2004 dem Parlament eine Verschärfung des strafrechtlichen Abwehrdispositivs vor. Damit der Beitritt vollzogen werden kann, muss die passive Privatbestechung (Entgegennahme von Bestechungsgeldern) strafbar erklärt werden. Gegenwärtig ist lediglich die aktive Bestechung (Bezahlung von Bestechungsgeldern) strafbar. Die passive Bestechung ausländischer Amtsträger soll ebenfalls als Straftatbestand verankert und die Verantwortlichkeit von Unternehmen auf die aktive Privatbestechung ausgedehnt werden.

Der Beitritt der Schweiz zum Strafrechtsübereinkommen und zum Zusatzprotokoll des Europarates gegen die Korruption stiess in der Vernehmlassung auf breite Zustimmung. Weder die neue Strafnorm über die aktive Bestechung ausländischer Amtsträger noch die Ausweitung der Verantwortlichkeit von Unternehmen auf die Privatbestechung stiessen auf Widerstand. Obwohl die Strafbarkeit der passiven Privatbestechung begrüsst wurde, entschied der Bundesrat, diesen Tatbestand als Antragsdelikt auszugestalten und im Gesetz über unlauteren Wettbewerb (und nicht im Rahmen des Strafrechts) zu regeln. Angesichts der in der Vernehmlassung geäusserten Opposition verzichtete der Bundesrat ferner darauf, die Strafbarkeit der missbräuchlichen Einflussnahme einzuführen²⁹.

Im Dezember 2003 unterzeichnete die Schweiz die Konvention der Vereinten Nationen über die Korruptionsbekämpfung. Diese neue Konvention deckt neben der Korruption auch die Unterschlagung öffentlicher Gelder und die Geldwäscherei ab. Sie regelt insbesondere die Rückgabe von Geldern, die von korrupten Staatsechefs unterschlagen wurden. Hingegen ist es den Ländern freigestellt, gewisse Machenschaften wie z.B. Vetternwirtschaft oder die Bestechung zwischen Privaten strafrechtlich zu verfolgen.

Jahrbuch 2004, Nr. 1, Kap. 8, S. 147–148.

²⁸ „La justice suisse reste trop laxiste dans la lutte contre la corruption, avertit l’OCDE“, *Le Temps*, 2. Februar 2005. *Neue Zürcher Zeitung*, 2. Februar 2005.

²⁹ Bundesamt für Justiz, Medienmitteilung, 28. April 2004.

QUELLEN

Internationale Organisationen

Financial Action Task Force (FATF), *FATF Annual Report 2003-2004*, Paris, OECD; FATF, 2004.
Financial Action Task Force (FATF), *2003–2004 Report on Money Laundering and Terrorist Financing Typologies*, Paris, FATF, 2004.

Veröffentlichungen der Schweizer Behörden

Eidgenössische Finanzverwaltung, *Jahresbericht 2003, Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei*, 2004.
Eidgenössische Bankenkommission, *Jahresbericht 2003*, Bern, 2004.
Botschaft zum Vertrag zwischen der Schweiz und den Philippinen über Rechtshilfe in Strafsachen vom 1. September 2004; Entwurf des Bundesbeschlusses zum Vertrag sowie Wortlaut des Vertrags (BBl 2004 4867–4898).
Imboden Priscilla, „Terrorismusfinanzierung: Heissen Geldern auf der Spur“, *Schweiz Global*, Nr. 3, 2004, S. 4–6.

Verschiedene Publikationen

Aktion Finanzplatz Schweiz, *Finanzplatz Informationen*.
Besson, Sylvain, *Le secret bancaire*, coll. Le Savoir suisse, n° 17, Lausanne, Presses Polytechniques et Universitaires Romandes, 2004.
Robert Zimmermann, *La coopération judiciaire internationale en matière pénale*, Bern, Stämpfli Verlag AG; Brüssel, Bruylant SA, 2. Auflage, 2004.

Presse

L'Agefi, Artikelserie „L'avenir du secret bancaire suisse“, 13., 14., 15., 16., 19. und 20. Juli 2004.
L'Agefi magazine, Journée des banquiers, Beilage zu *L'Agefi* vom September 2004, 120 S.
Le Courrier, 29. März 2004.
Neue Zürcher Zeitung, „Ethisch vertretbares Bankkündengeheimnis“, 3.–4. April 2004.

INTERNET-ADRESSEN

OECD-Arbeitsgruppe gegen Geldwäscherei (FATF): <www.fatf-gafi.org>.
Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei (Eidgenössische Finanzverwaltung): <www.gwg.admin.ch>.
Schweizerische Nationalbank (SNB): <www.snb.ch>.
Meldestelle für Geldwäscherei (BFA): <www.fedpol.admin.ch>.
Eidgenössische Bankenkommission (EBK): <www.admin.ch/ebk>.
Aktion Finanzplatz Schweiz: <www.aktionfinanzplatz.ch>.
Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke: <www.swisscoalition.ch>.
Fondation Genève place financière: <www.geneve-finance.ch>.
Erklärung von Bern: <www.evb.ch>.
Globales Netzwerk für Steuergerechtigkeit: <www.taxjustice.net>.